

# Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnberg  
mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblätter“ und „Der Gemeinnütze“.

Bestellt täglich mit Ausnahme der  
Sonntage und Festtage und letzter ver-  
leihen durch Boten oder die Post versien-  
den, durch den Briefträger ins Haus  
gebracht 2 P.

Anzeigen werden spätestens bis 7  
Uhr nachm. in Arnberg, größere in  
Frankfurt, früh erbeten. Die hochgehaltene Beil-  
gabe oder deren Raum kostet 20  
Pfeilern in Leipzig bis 60 P.

Verantwortl.  
Arnberg Nr. 44  
Beil. Nr. 272

Druck- und Verlagsanstalt: Die Presse Arnberg, Post, Lippstadt, Melchior, Fröhen, Olpe,  
Altena, Herbolz und Hamm.  
Postfach-Nr. 33 446.

Telegr.-Adr.:  
Höpperling.

Arnberg und Weil. Samstag den 23. November 1918.

63. Jahrgang

## Ein neues Zentrum.

Berlin, 21. Nov. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und der beiden Häuser des Preussischen Landtages erlassen in Einvernehmen mit leitenden Personen der Rheinischen und der Westfälischen Zentrumsparteien, gemeinsam mit Vertretern der Zentrumspresse, der christlichen Arbeiterorganisationen, des Volksvereins für das katholische Deutschland, Mitgliedern der Bauernvereine und Vertretern der im Zentralkomitee vereinigten katholischen Frauenbünde folgenden Aufruf:

Weltkrieg und Revolution haben das alte Deutschland zertrümmert, in Sturm und Drang wird ein neues geboren. Ein freier, sozialer Volksstaat soll es werden, in dem sich alle deutschen Stämme, alle Klassen und Stände, alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Parteigehörigkeit wohl fühlen können. Dieses neue Deutschland zu schaffen, ist Aufgabe des Gesamtvolkes, nicht einer Parteidiktatur. Alle Parteien wollen und müssen dabei sein. Dazu bedürfen aber die alten Parteien einer inneren und äußeren Erneuerung.

Ein neues Zentrum muß und wird entstehen im Wandel dieser Tage. Nichts anderes als demokratischer Volksstaat, Bekämpfung jedweder Klassenherrschaft, Ordnung in der Freiheit, offene Abfrage an dem Nationalismus und Materialismus unserer Tage, Pflege der idealen Werte, die Volk und Staat erst gesund machen, das sind die fundamentalen Grundsätze seiner Erneuerung als christlich-demokratische Volkspartei. Alle Volksschichten, Männer und Frauen die zu diesen Grundsätzen sich bekennen und mit dieser Parole in die Wahlen zur Nationalversammlung eintreten wollen, soll das neue Zentrum erfassen. Das Zentrum darf nicht untergehen. Es muß zu neuen Zielen auf freier Grundlage weiter bestehen. Es muß zu neuer Blüte geführt werden.

Die Unterzeichneten unterbreiten für diese politische Um- und Neubildung vorläufig und vorbehaltlich späterer endgültiger Festsetzung von Namen und Programm durch die neu zu schaffenden Parteinstanzen folgende

### Leitsätze:

1. Außenpolitik.  
1. Baldigster Abschluß des Weltfriedens. Verständigung und Versöhnung der Völker. Sofortige Herbeiführung eines Weltfriedens.
2. Regelung der Beziehungen der Völker und Staaten zueinander durch das ewige Recht, nicht durch die Gewalt. Durchführung eines den christlichen Grundsätzen entsprechenden Völkerechts.
3. Schaffung eines Völkerbundes mit Gleichberechtigung der kleinen und großen Völker unter Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Streitigkeiten. Gegenseitige und gleichzeitige weitestgehende Abrüstung.
4. Schutz der nationalen Minderheiten in allen Staaten.
5. Völlige Erneuerung des auswärtigen Dienstes in persönlicher und sachlicher Hinsicht. Abschaffung der Geheimverträge.
6. Vollkommene, durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles.
7. Freie wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit und Gleichberechtigung für alle Völker. Freiheit der Meere.
8. Internationale Regelung des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Gleiche Maßnahmen für die Angehörigen.
9. Schaffung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes. Förderung der Erziehung und Christianisierung der Eingeborenen. Beseitigung jeder Form der Sklaverei.

### 2. Innenpolitik.

- a. Verfassung.  
1. Schnelle Einberufung der Nationalversammlung.  
2. Vereinigung der deutschen Stämme zu einem von starkem Nationalbewußtsein getragenen Volksstaat.  
3. Wahrung der Eigenart der deutschen Stämme.  
4. Gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl und Frauenwahlrecht im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden.  
5. Unabhängige, auf dem Vertrauen der Volksvertretung beruhende Volksregierung, mit starker Vollzugsgewalt an der Spitze, im Reich und in den Bundesstaaten.  
6. Schaffung der Verfassung durch die Nationalversammlung.  
7. Gleiches Recht aller Volksschichten auf Teilnahme an der Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten ohne Klassengeist und Klassenbevorzugung.  
8. Erhaltung eines unabhängigen, in seiner Lebensstellung gesicherten Berufsbeamtenstandes.  
9. Schutz der politischen Minderheiten.  
10. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

### b. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

1. Aufbau und Regelung der Volkswirtschaft auf der produktiven Arbeit im Dienste des Gemeinwohles unter grundsätzlicher Erhaltung des Privatigentums auch an Produktionsmitteln. Aufrecht- erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Ersatz der privatkapitalistischen Monopole durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung. Schaffung und Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes. Förderung unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion zur Sicherung unserer Volksernährung. Regelung und Kontrolle des Warenmarktes unserer Volksernährung. Regelung und wirtschaftlichen Grundsätzen des der Massenbedürfnisse nach gesunden unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Bevölkerung unter Berücksichtigung der einzelnen Erwerbsstände als notwendiger Glieder eines gesunden Wirtschaftslebens. Entschieden- Bevorzugung des Gemeinwohles vor allen Privat- und Landesinteressen. Fortführung der Sozialpolitik für die städtische und ländliche Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung jedes Wuchers. Erhaltung und Stärkung eines lebensfähigen Handwerkerstandes. Schutz der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft. Innere Kolonisation. Durch- greifende Wohnungs- und Siedlungsreform.

4. Grundsätzliche Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit; schärfste steuerliche Erfassung der hohen Einkommen und großen Vermögen, besonders der Kriegsgewinne und des unverdien- ten Wertzuwachses.
5. Gewissenhafte Fürsorge für die Kriegsgeschädigten und die Kriegsbeschädigten. Einführung eines neuen Heimstättenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer.

### c. Kulturpolitik.

1. Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kulturbesides im deutschen Volksleben.
2. Erhaltung und Förderung der deutschen christlichen Familie. Durchgreifende Bevölkerungspolitik. Schutz des Kindes.
3. Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswesens im Sinne einer einheitlichen deutschen Kulturpolitik unter Anwendung und Ausnutzung der sittlichen und religiösen Erziehungskräfte. Erhaltung der konfessionellen Volksschule; Wahrung des Rechts der Eltern auf die Kinder.
4. Freie Entwicklung und Wirkungsmöglichkeit für alle. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten.
5. Heranziehung der Frauen auf allen Gebieten unter Auswertung der weiblichen Eigenart.
6. Gewissensfreiheit, Freiheit der Religionsübung. Gleiche Berücksichtigung der Angehörigen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten. Freiheit der kirchlichen Gesellschaften, der kirchlichen Genossenschaften und Vereine, der katholischen Orden und Kongregationen. Keine gewaltsame Aenderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse. Rücksichtnahme auf die Überzeugung und die rechtlichen Ansprüche der kirchlich-gesunden Volkskreise.

Wir bitten politische und andere Körperschaften, wie auch einzelne Personen um Mithilfe ihrer Zustimmung oder um Mithilfe an den Generalsekretär Reichstagsabgeordneten Dr. Pfeiffer, Berlin W. 8, Französische Straße 62 II.

## Revolution in Deutschland.

### Keine Diktatur!

\* Frankfurt a. M., 22. Nov. Die Arbeiter- und Soldatenräte des 18. Armekorps traten hier zu einer Sitzung zusammen, die durch die Anwesenheit eines französischen und eines englischen Gefangenen ein besonderes Gepräge erhielt. Genosse Hittmann bezweifelte die Möglichkeit, daß die Nationalversammlung schon in den nächsten Monaten einberufen werden könne. Seine Ausführungen gipfelten in einer Entschlie- sung, in der die Arbeiter- und Soldaten- räte als höchste politische Macht bezeichnet werden. Ihr Ziel sei, gleich dem der revolutionären Volks- macht, die Demokratie und der Sozialismus. Damit die deut- sche Volkswirtschaft rasch aufgebaut und zur Gesundung ge- bracht werden könne, würden die Räte eintreten für die Ver- gesellshaftung bestimmter geeigneter Großbetriebe, z. B. des Kohlen-, Erz- und Kalbergbaues, der Hüttenwerke, der Schiffahrt, des Großgrundbesitzes. Eine verfassungsgebende Nationalversammlung, gewählt auf Grund des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen, solle den neuen politischen Zustand Deutschlands fest- setzen. Die Zusammenberufung der Nationalversammlung solle erfolgen nach dem Verhältnis der für jede Partei abgegebenen Stimmen. Für den Soldatenrat erklärte der Soldat Weidner, daß die Soldaten keine Vergewaltigung und keine Dik- tatur wünschten. Das ganze Volk solle mitarbeiten an dem Neuaufbau. Die Soldaten hätten keine Ursache, die National- versammlung zu fürchten. Jetzt müsse für die Auslösung über den Sozialismus gekämpft werden. Denselben Standpunkt vertrat Redakteur Wittich, der nicht wollte, daß die alte von einer neuen Diktatur abgelöst werde. In ähnlicher Weise sprachen mehrere andere Redner aus der Umgegend von Frankfurt aus. Sie verwahrten sich vor allen Dingen gegen eine Dik- tatur des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrats. Schließlich wurde die vorerwähnte Entschlie- ßung angenommen und Frankfurt als Zentrale für den Bezirk des 18. Armekorps bestimmt.

### Die Frage der Sozialisierung.

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen So- zialdemokratischen Partei, behauptet, die Regierung sei entschlos- sen, die Vergesellschaftung wichtiger Produktionsweize, in denen die Vorbedingungen für die Vergesellschaftung gegeben seien, sofort in Angriff zu nehmen. — Von einer amtlichen Erklärung obigen Inhalts ist noch nichts bekannt.

### Rückkehr der Truppen.

WB Berlin, 21. Nov. Bei der gewaltigen Wanderung, als die sich naturgemäß die Demobilisierung unseres Heeres jetzt darstellt, muß von vornherein der Gefahr entgegengetreten werden, daß etwa ansteckende Krankheiten und Seuchen sich in la- serem Maße verbreiten. Das neu eingerichtete Demobilisie- rungsamt hat deshalb angeordnet, daß sämtliche Ange- hörigen des Heeres und der Ma- rine vor ihrer Entlassung ärztlich untersucht werden. Soweit das Vorhandensein von Ungeziefer festgestellt ist, ist eine Entlausung vorzunehmen. Bei übertrag- baren Krankheiten, insbesondere bei Geschlechtskrank- heiten findet eine besondere ärztliche Behandlung statt. Die Be- handlung und Pflege der Kranken erfolgt in den Laga- retten und ist unentgeltlich. Die Familienunterstützungen werden ebenso wie die militärischen Bezüge der Kranken selbst wäh- rend der Lazarettbehandlung weiter gezahlt. In Bürgerquar- tieren dürfen Angehörige des Heeres und der Marine nur un- tergebracht werden, wenn eine Bescheinigung vorliegt, daß der Einzuarthierende von Ungeziefer und übertragbaren Krankhei- ten frei ist. Jeder Quartierwirt tut daher gut, sich diese Be- scheinigung vorlegen zu lassen, ehe er jemand in seine Wohnung

aufnimmt. Durch diese Anordnung ist jede Befürchtung, die ge- sundheitliche Schädigung durch die Einquartierten betr., hin- fällig geworden.

\* Berlin, 20. Nov. Zu den Leuten in unentbehr- lichen Diensten, die auf die Entlassung warten müs- sen, bis sie erjezt sind (Absatz 2 des Erlasses), gehört das ge- samte Sanitätspersonal.

Kriegsminister Scheich. Unterstaatssekretär Göhre.

\* Berlin, 19. Nov. Von dem Kommandierenden General der deutschen Streitkräfte im Kaukasus ist die Mitteilung ein- gegangen, daß im Kaukasus alles ruhig ist, und die dortigen deutschen Truppen sich wohl befinden.

\* Berlin, 21. Nov. Telegraphen-Union. Nachdem Gene- ralfeldmarschall v. Mackensen mit seinem Stabe bereits am Dienstag abend hier eingetroffen war, sind, wie die Post- Ztg. erfährt, nunmehr zwei weitere Züge mit dem gesamten Wirtschaftsstab aus Bukarest in Berlin eingetroffen. Sie haben die sowohl in Rumänien als auch in Ungarn geordnete Ent- rüstung abgelehnt und ihre Waffen erst auf deutschem Boden abgeliefert. Untwegs hatten sie öfter Kämpfe mit Rumänen, Ungarn und Tschecho-Slowaken zu bestehen, bei denen sie jedoch nur einige Verwundete zu verzeichnen hatten.

Einer anderen Meldung zufolge soll Macken- noch bei seiner Armee sein.

WB Berlin, 21. Nov. Gegenüber anderslautenden Meldungen ist festzustellen, daß Generalfeldmarschall v. Macken- sen sich bei seinen Truppen in Hermannstadt befindet und dort bleiben wird, bis der Abtransport bewerkstelligt ist.

Dieser Berliner Meldung widerspricht wieder folgende Wie- ner Depesche der Köln. Ztg.:

\* Wien, 21. Nov. Die Durchfahrt der Madenien-Armee durch Wien ist beendet.

WB Budapest, 20. Nov. Nach offiziellen Mitteilungen des Kriegsministeriums erfolgt der Durchzug der deut- schen Truppen in größter Ordnung, wird aber wegen des Kohlenmangels noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Nur die Tschechen stellen den Deutschen Schwierigkeiten in den Weg und da sie zwischen Reguibel und Pöstyen die Bahnlinie auf- gerissen haben, sind die im Waag-Tal angelangten Militärtrans- porte gezwungen, auf offener Straße anzuhalten. Der Kern der deutschen Truppen befindet sich noch in Südungarn. Auf der Linie Szeged-Umab-Mak-Ab-Hermannstadt-Kronstadt hatten sich noch mehrere deutsche Divisionen auf, die in Fußmärschen ihren Weg in nördlicher Richtung fortsetzen.

## Das Schicksal der Fürsten.

\* München, 22. Nov. Im Widerspruch mit der Auffas- sung des bayerischen Ministerrats und des offiziellen Korrespondenzbüros Hoffmann bezeichnet die Aerales Münch.- Augsb. Abendzeitung die Behauptung, König Ludwig III. habe dem Throne entsagt, als eine falsche und irreführende Ausle- gung. Das Blatt schreibt u. a.:

„Der König spricht nicht, wie die Kor- respondenz Hoffmann es aussagt und auch der Ministerrat an- nimmt, einen förmlichen Thronverzicht aus. Er stellt nur fest, daß er durch äußere Verhältnisse an der Weiter- führung der Regierung verhindert ist und sich dieser äußeren Behin- dertung fügt. Aus der Tatsache, daß der König sich seine Rechte stillschweigend vorbehalten, ergibt sich übrigens für die Ruhe und Ordnung des Staates keinerlei Störung und Gefahr, weil er den einen Teil der Staatsgewalt, der nach der Verfassung auf ihm ruht, durch die Entbindung seiner bisherigen Untertanen vom Treueid selbst aufhebt.“

Die Zentrumspresse lehnt die Auslegung des Ministerrates ebenfalls ab.

## Dem Frieden entgegen.

WB London, 21. Nov. Reuter, Das Parlament wurde verlegt und wird am Montag aufgelöst werden. In der Thron- rede, die heute im Oberhaus verlesen wurde, wird u. a. ge- sagt, daß der Waffenstillstand Aussicht auf baldigen ehren- vollen dauernden Frieden gewährt. Die Rede enthält die Aufforderung, in den Anstrengungen nicht nach- zulassen, bis die Verwüstungen des Krieges wieder gut gemacht sind. Ferner wird die Ausdehnung des Wahlrechts erwähnt und die Hoffnung auf Fort- dauer der während des Krieges an den Tag gelegten Einig- keit ausgesprochen.

## Hier mit der Nationalversammlung!

\* München, 22. Nov. In der hiesigen Gemeindevertretung richtete der ehemals weit links stehende liberale Abg. Kohl u. a. folgende Worte an die Sozialdemokraten:

„Der Volkswille haben Sie bei Zusammenkunft der provisorischen parlamentarischen Körperschaft vollständig ig- noriert. Das Wirgetum fordert jetzt die Sozialdemokraten zum Kampfe um die Freiheit heraus, wir wollen eine Erklärung, wann die Nationalversammlung kommt. Wo soll denn bei der Neuordnung der Dinge der Bürger- und Hand- werkerstand hinkommen? Es ist Freiheitsberau- bung schlimmer Art, die die jetzigen Machthaber treiben, dagegen rufen wir die gesamte Bürgerchaft auf.“

Justizrat Kumpf vom Zentrum forderte ebenfalls, daß die Zulage betr. Nationalversammlung baldigst eingelöst werde. Der Redner führte u. a. aus:

„Auf Bajonette allein können Sie sich nicht stützen. Die Stim- mung der Münchener Bevölkerung verrät keineswegs Jubel und und Zuerst über das Gesehene, sondern Mißtrauen und Kriti- k. Neunzig Prozent der Bevölkerung billi- gen das nicht, was vorgekommen ist.“

## Zwei Hunde an ein m Knochen.

WB Budapest, 21. Nov. Das Kriegsministerium teilt über die im Gebiet des ungarischen Staates befindlichen tsche-